

Energiewende - Kosten ohne Ende

Physik und Wirtschaft

EEG-Umlage und Netzkosten und demzufolge der Strompreis steigen kräftig weiter. Eine chaotische und unsoziale Energiepolitik ignoriert immense Kosten. Unkoordiniert werden Windgeneratoren, Solarstromanlagen und Biogaserzeuger gebaut. Die Umverteilung von unten nach oben wächst mit jeder weiteren Ökostromanlage, solange teurer und wetterwendischer Ökostrom subventioniert wird.

Scheibchenweise werden schlimme Nachrichten veröffentlicht: Der Netzbetreiber Tennet will in 2017 die Netzgebühren um 80 Prozent erhöhen. Die Subventionen für Ökostrom nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), die EEG-Umlage, soll auf fast sieben Cent je Kilowattstunde angehoben werden. Hinzu kommt die Mehrwertsteuer. Das Braunkohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt wird stillgelegt. Es bleibt aber weiter betriebsbereit, damit es jederzeit wieder angefahren werden kann, wenn es zu einem Strommangel kommt. Diese Produktionsbereitschaft ist für eine sichere Stromversorgung erforderlich. Sie wird als Kaltreserve bezeichnet. Die Bereitschaft kostet jährlich 20 Millionen Euro, die als Netzkosten auf den Stromverbraucher umgelegt werden. Stromkunden werden mehrfach abkassiert: für nicht gelieferten Strom, für überflüssigen Ökostrom, der abgeregelt werden muss, aber dennoch vergütet wird und für die Kaltreserve, die Geld kostet, ohne Strom zu liefern.

Die Kosten werden verniedlicht

Die kommenden Kosten werden nach und nach veröffentlicht und sowohl von der staatlichen Netzagentur wie auch von den Netzbetreibern politisch korrekt als geringfügig dargestellt. Die Ankündigungen über die zusätzlichen Belastungen der Haushalte im kommenden Jahr sind eine weitere nicht wirkende Beruhigungspille zu den steigenden Kosten durch den Ökostromausbau. Der ehemalige grüne Umweltminister Jürgen Trittin hat damit angefangen. Wir erinnern uns: "Die Energiewende kostet pro Haushalt nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat." Daraus sind inzwischen mehr als 50 Kugeln geworden und im nächsten Jahr kommen wohl nochmals fünf hinzu.

Teure und verlustreiche Erdleitungen

Der Bau von Stromtrassen zwischen Nord- und Süddeutschland bringt die nächste deftige Steigerung. Als Freileitungen kosten sie schon viele Milliarden Euro. Die Forderungen der Anlieger, die Leitungen in die Erde zu verlegen, erhöhen die Kosten auf ein Vielfaches. Als Faustformel gilt eine Verdopplung, wenn nur 10 Prozent der Leitungslänge in die Erde kommen. Dazu muss man die Leitungsverluste addieren, die für Erdkabel merklich höher sind. Das für die Erdverlegung benötigte Kupferkabel wird bei maximaler Belastung 90 Grad Celsius warm und erwärmt das umliegende Erdreich deutlich sichtbar. Freileitungen haben wesentlich preiswertere Aluminiumkabel mit geringeren Verlusten. In allen Fällen betragen die Leitungsverluste der Stromtrassen ein bis zwei Prozent je 100 Kilometer. Von dem Windstrom aus Norddeutschland kommen also höchstens 90 Prozent in Bayern an. Oder anders ausgedrückt, der teuer vergütete Ökostrom verteuert sich um mehr als 10 Prozent, wenn er von Nord- nach Süddeutschland oder umgekehrt geschickt wird.

Ein Beispiel ist die projektierte Stromtrasse von Wilhelmshaven nach Conneforde, die 2017 gebaut werden soll. Der Netzbetreiber Tennet hat in Bürgerinformationen vor Ort die Leitung in allen Einzelheiten vorgestellt. Sie ist gut 30 Kilometer lang. Sie soll den teuren Windstrom aus Friesland und den noch teureren Nordseestrom südwärts leiten. Bei Windmangel muss dann der preiswerte Strom aus den beiden Kohlekraftwerken in Wilhelmshaven einspringen. Etwa fünf Kilometer der Trasse werden unter die Erde verlegt. Die kalkulierten Kosten für diese kurze Leitung liegen bei 100 Millionen Euro. Hinzu kommen die Kosten für ein neues Umspannwerk in Wilhelmshaven in der gleichen Größenordnung.

Anwohner schädigen sich selbst

Anwohner feiern die Erdverlegung in ihrer Nachbarschaft als einen Erfolg Ihrer Proteste. Viele von ihnen sind sich wohl nicht bewusst, dass ihr "Erfolg" den Strompreis schneller und stärker nach oben treibt, denn Aufklärung über die Kostenstruktur der Leitung und die Folgen für die Stromkunden hat weder Tennet, noch die Bundesnetzagentur oder das verantwortliche Bundeswirtschaftsministerium geleistet.

Der Stromverbraucherschutz NAEB e.V., ein Zusammenschluss von über 100 Energiefachleuten aus ganz Deutschland, warnt seit Jahren vor steigenden Stromkosten durch die Energiewende. Sie sagen eine Steigerung der Stromkosten bis zum Jahr 2020 auf 45 Cent je Kilowattstunde voraus, wenn die Ausbaupläne der Bundesregierung realisiert werden.

Zu einem vergleichbaren Schluss kommt nach einem Bericht in der "Welt" das Institut für Wettbewerbsökonomik (Dice), das von dem ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Monopolkommission, Justus Haucap geleitet wird. Leider zieht Prof. Dr. Haucap jedoch nicht die richtige Konsequenz und stellt die Energiewende an sich nicht in Frage.

Der Netzausbau wird zum größten Kostentreiber und löst die EEG-Umlage ab. Die Umverteilung von unten nach oben wird verstärkt. Als Folge melden die Medien eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die steigenden Stromkosten vertreiben immer mehr Betriebe aus Deutschland. Denn die Energiekosten sind neben den Personalkosten die wichtigsten Produktionsfaktoren.

Zerstörerisches Ökostromdumping

Die "Vermarktung" des wetterwendischen und nicht planbaren Ökostroms über die Leipziger Strombörse zu weniger als zehn Prozent der Vergütungskosten dürfte weltweit die größte Dumpingaktion sein. Sie drückt die konventionellen Kraftwerke in die Verlustzone. Und dies nicht nur in Deutschland, sondern auch in den angrenzenden Ländern, weil sich die Stromversorger an den Strombörsen zu den Dumpingpreisen eindecken. So haben als Beispiel die großen Stromerzeuger der Schweiz die Dividende für die nächsten Jahre gestrichen. Eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union wird von Deutschland durch das EEG-Dumping zerstört. Denn Dumping ist extrem unwirtschaftlich.

Einseitige ideologische Unterrichtung und Forschung

Bis jetzt befürworten die meisten Deutschen die Energiewende, weil sie von ideologisch verblendeten Politikern und Wirtschaftsführern einseitig über die Folgen der Energiewende unterrichtet werden. Sie verkünden immer noch wider besseres Wissen, die Energiewende hin zu einer Versorgung mit 100 Prozent Ökostrom sei machbar und letztlich auch wirtschaftlicher als die Versorgung durch Kernbrennstoffe und fossile Brennstoffe. Zur Erhärtung dieser Aussagen wurden die meisten Forschungsinstitute gekauft. Es gab und gibt nur noch öffentliche Forschungsgelder für Projekte, die die politischen Vorgaben erfüllen. Typisch dafür ist das Energie-Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN) der TU Clausthal. Das Fazit der von diesem Institut kürzlich durchgeführten 7. Energietage lautet: Eine nachhaltige Energieversorgung ist keine Illusion, sie ist alternativlos. Bei einer Vorstellung der Arbeit dieses Instituts fragte Prof. Dr. Hans-Günter Appel, ob es Projekte gebe, die Restenergie der abgebrannten Brennstäbe, die noch 90 Prozent beträgt, zu nutzen. Die Antwort war: "An dieses heiße Eisen trauen wir uns nicht heran." Dies ist die heutige "Freiheit der Wissenschaften".

Technisch ist eine sichere und bezahlbare Versorgung von Deutschland mit dem wetterwendischen Ökostrom unmöglich. Um dies zu demonstrieren, sollte in einer Region mit Ökostromüberschuss aus Wind und Sonne einmal für eine Woche jeder Strom aus Brennstoffen oder Kernenergie abgeschaltet

werden. Eine solche Forderung wird zum Beispiel von der Bremer Runde, einem Zusammenschluss von Betriebsräten fast aller großen Kraftwerke erhoben, weil sie durch falsche politische Entscheidungen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Doch dies wird nicht gewagt.

Steigende Stromkosten vernichten Arbeitsplätze

So werden die Stromkosten weiterhin steigen, die Umverteilungen von unten nach oben zunehmen, immer mehr Arbeitsplätze ins kostengünstige Ausland verlagert, die Infrastruktur der europäischen Stromversorgung zerstört und soziale Spannungen vergrößert. Es wird höchste Zeit, die Bevölkerung und hier vor allem die Jugend, über die realistischen Folgen der ideologischen Energiewende aufzuklären. Denn die nachwachsende Generation muss für das Fehlverhalten der heutigen Politiker mit hohen Zahlungsverpflichtungen aufkommen.

Prof. Dr. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

ifo Institut - Hans-Werner Sinn: Schafft es Deutschland, den Zappelstrom zu bändigen?
www.youtube.com/watch?v=8dIB4L4D4qI

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

